

Laibacher Zeitung.



Nr. 225.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Ausfertigung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Freitag, 1. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 20 fr., größere pro Zeile 5 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1880.

Nichtamtlicher Theil.

Den Parteitag.

Angesichts des für die nächsten Tage angekündigten Karlsbader Parteitages und des in Aussicht genommenen allgemeinen deutsch-österreichischen Parteitages haben die Ausführungen der „Montags-Revue“, die wir schon in unserer vorgestrigen Nummer signalisierten, eine umsoweniger zu unterschätzende Bedeutung, als das genannte Blatt, das von jeher zu gehört hat, es versichert, daß es sich von dieser Partei niemals auch nur um Haarsbreite entfernen werde. Der erwähnte Artikel der „Montags-Revue“, der gleichsam eine Widmung an die Parteitage darstellt, lautet nach seinem vollen Inhalte wie folgt:

„Das Wort war von jeher die stärkste Seite der Verfassungspartei, und so setzt sie ihre Redekunst, obwohl die parlamentarische Tribüne seit Monaten verschlossen ist, in Reichenschaftsberichten der Abgeordneten wie namentlich auf den unterschiedlichen Parteitagungen ungebrosen fort. Erst versammelten sich die Herren in Prag, dann in Graz, später in Mödling, jüngst in Brünn, und demnächst soll die Hauptaction in Karlsbader stattfinden. Troßdem nun der ehemalige Verwaltungsrath der Hypothekar-Rentenbank, der Wiener Botschafts- und der Kassenfabrik-Gesellschaft, der Brigittenauer Baubank, und wie alle die zugrunde gegangenen Banken heißen, denen Herr Dr. Sturm seine darüber beschwerte, daß das Ministerium Taaffe kleinpartei sei und sich in Maßregelungen der Verfassungspartei gefalle, wovon wir noch sprechen werden, so meinen wir doch, daß die Regierung diese Versammlung mit Vergnügen sehen könne. Wenn etwas dabei dem im Interesse der öffentlichen Moral bedauerlich erscheint, so sind es manche der Mittel, mit denen die deutsche Bevölkerung nicht öffentlich in den Versammlungen, sondern insgeheim vor denselben haranguiert wird. Wir constatieren nur eine Thatsache, indem wir erwägen, daß man den Raiben in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande in das Ohr raunt, alles was sich in den letzten Monaten zugetragen, sei seine Ehrgeizes für einen großen Krieg, welchen man in Desterreich hätten aber von einem solchen nichts zu hoffen, deshalb widersehe sich die Verfassungspartei demselben, und je einiger und geschlossener sie erscheine, desto sicherer habe sie den Sturz des kriegstüchtigen Ministeriums Taaffe zu hoffen.“

„Leichtsinziger ist wohl selten ein illoyales Rameau mittel angewendet worden. Wir kennen allerdings eine Fraction der Verfassungspartei, welche seit jeher den Krieg gegen Rußland als ihr Credo auf dem Gebiete der gesammten auswärtigen Politik bekennet. Im Ministerium Taaffe sitzt jedoch kein Anhänger dieser Lehre; vielmehr ist jene österreichisch-deutsche Allianz, welche heute nicht bloß von dem anderen Theile der Linken gepriesen wird, sondern der das größere Verdienst zukommt, in dieser außerordentlich bewegten Zeit die einzige und inhaltsschwerste Bürgschaft des Friedens zu sein, unter der gegenwärtigen Regierung, und so weit dies bei der Organisation der Monarchie möglich ist, unter dem lebhaftesten Hinzustehen des Grafen Taaffe zustande gekommen. Die Verfassungspartei hat sich freilich schon früher bemüht, in die Verlängerung des Wehrgesetzes auf zehn Jahre zu willigen, von der sie wußte, daß sie eine unerlässliche Voraussetzung des mächtigen, dem Frieden geweihten Bündnisses sei. Sie setzt diese Taktik durch die neuesten Ausstellungen nun fort. Doch auch diese Ziele abwendig macht. Heute ist Oesterreich-Ungarn die Macht, die ihren vollen Einfluß auf den Gang der Dinge in Europa nimmt. Die Regierungen beider Reichshälften wollen den Frieden, das deutsche Reich will ihn auch, und so wird die Fabel der Faisseure der Verfassungspartei kaum imstande sein, die fremden Cabinete aufzuregen.“

„Der Abgeordnete für Tglau bezeichnet das System Taaffe als den dritten Rückschlag zu dem Sistierungs- und dem belcredi und den Fundamental-

artikeln und behauptet, daß es „föderalistische Velleitäten den verfassungsmäßigen Institutionen entgegensetzt“. Wo ist ein, selbst nur der kleinste Beleg für dieses Dictum? Erklärt nicht der nämliche Redner später, daß die einzige „föderalistische Velleität“, welche jemals in Oesterreich zu dominirender Geltung kam, die nationale Selbstständigkeit Galiziens, ein Werk der Verfassungspartei ist, und wirft er nicht mit schlecht verhehltem Groll den Polen vor, daß sie ihren Dank an die unrichtige Adresse verschwenden? Was weiß Herr Sturm oder wissen die Resolutionen der verschiedenen Parteitage der gegenwärtigen Regierung an „föderalistischen Velleitäten“ vorzuhalten, in der Legislative sowohl wie in der Administration? Nicht um eine Linie ist die Kompetenz der verschiedenen gesetzgebenden und administrativen Factoren verrückt worden, nicht einem einzigen bestehenden Gesetze ist eine neuartige oder gewaltsame Auslegung widerfahren. Und die Administration im besondern, von der die Resolution des mährischen Parteitages behauptet, sie sei in ihrer Autorität erschüttert? In Prag sitzt der nämliche Statthalter, der sieben Jahre unter dem Ministerium Auerberg diente; in Tirol amtiert ein Mann, dem man gewiß kein größeres Entgegenkommen für die Landtagsmajorität nachsagen kann, als seinem Vorgänger; in Triest schaltet ein Verfassungstreuer; in Wien ist an die Stelle des Baron Conrad ein solcher getreten, und nach Brünn wurde erst jetzt Baron Korb ernannt, obwohl Graf Taaffe gerade bei dieser Gelegenheit eine andere Wahl hätte treffen können. Und selbst Herr Winkler, der nach Laibach ernannt wurde, galt noch vor ganz kurzem als Verfassungstreuer, würde vielleicht noch ein solcher geheißen werden, wenn er nicht das Verbrechen begangen hätte, sich vom Grafen Taaffe zum Landespräsidenten ernennen zu lassen, denn die derartige thun, müssen ausgestoßen werden, das ist so obergöttlicher Befehl.“

„So unrichtig, wie die Behauptungen von den föderalistischen Velleitäten, von der Erschütterung der Autorität der kaiserlichen Verwaltung und der Infragestellung der verfassungsmäßigen Grundlagen der Staatseinheit, so bedenklich sind die Erzählungen von der Bedrängung des deutschen Elementes, von den angeblichen zahllosen Zeitungsconfiscationen u. dergl. Ammenmärchen. Herr Dr. Sturm war im Jahre 1870 viel zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt, daß er sich an die damaligen Verhältnisse noch zu erinnern wußte. Uns aber ist es noch in gutem Gedächtnis, wie unser bescheidenes Wochenblatt in einem Monate öfter confisciert wurde, als heute das größte Tagblatt in einem halben Jahre. Wir wissen ferner, daß die Beschlagnahmen von Journalen sich damals so sehr häuften, daß sich die berühmtesten Mitglieder der Verfassungspartei, wie Glaser, Herbst, Giska und Rechbauer, veranlaßt sahen, bei Einspruchsverhandlungen zu intervenieren. Und nun gar der Roman von der Schädigung der wirtschaftlichen Interessen durch die jetzige Regierung. Die ökonomischen Fragen sind wahrlich das letzte Gebiet, welches die Mitglieder der Linken betreten sollten. Gibt es ein vernichtenderes Verdict, wie es der Verlauf der Krise von 1873 bis 1878 über die Rathlosigkeit der damaligen Mehrheit des Abgeordnetenhauses ausgesprochen hat, und ist es nicht eine unanfechtbare Thatsache, daß sich die gesammte öffentliche Presse im Namen der ganzen Bevölkerung gegen die bekundete Unfähigkeit aufgelehnt hat? Die Sparbarkeit der Verfassungspartei war eine engherzige, ihre Freigebigkeit eine kritische, ihre Voraussicht und ihre Initiative gleich Null. Wenn man ihr überall das Recht zuerkennen will, zu richten, auf dem Gebiete der materiellen Thätigkeit hat sie es längst verwirkt. Das bekundet auch die Rede des Herrn Dr. Sturm. „Denken Sie sich — ruft er aus — ein Oesterreich ohne Deficit, welchen Aufschwung hätte der Staatscredit genommen, wenn der Zinsfuß des Staates heute so niedrig gewesen wäre, daß das Kapital sich der lohnenden Arbeit zur Verfügung stellen würde.“

„Wir hatten unter dem Ministerium Brestel ein Budget ohne Deficit, der Zinsfuß für den Staat und insbesondere für die „lohnende Arbeit“ war ungleich höher als heute. Wir haben jetzt noch ein Deficit, und der Zinsfuß für den Staat ist niedriger, und für die „lohnende Arbeit“ ist er so niedrig, daß alle Welt in Erstaunen gerieth, wie in Oesterreich Geld billiger als in Berlin und London vergeblich angeboten wird. Einen

einzigsten Satz in der langen Rede des Obmannes des Fortschrittsclubs vermögen auch wir nicht anzusechten. „Unter der Einigkeit der Deutschen — sagt er — verstehe ich nicht, daß sämtliche Mitglieder der Verfassungspartei allem zustimmen müßten, was ein verfassungstreues Ministerium verlangt, oder daß der äußerste linke Flügel der Partei thun müßte, was der äußerste rechte begehrt.“ Das heißt, Herr Dr. Sturm kündigt heute schon, da seine Partei angeblich drangsaliert wird, einem kommenden verfassungstreuen Ministerium, in welchem er nicht als Repräsentant des äußersten linken Flügels säße, den Gehorsam; er gesteht offen, daß die Verfassungspartei, wenn sie wieder die Zügel der Regierung ergreifen sollte, sofort zerfliehen und sich in ihre ungleichartigen und unverträglichen Atome auflösen würde; er leugnet jede Möglichkeit einer Einigkeit derselben für positive Aufgaben; er spricht ihr selbst alle Regierungsfähigkeit ab. Dieses aus dem innersten Herzen des Redners kommende Bekenntnis ist das einzige Körnchen in der unendlichen Parteitagspreu, das wert ist, vom Grafen Taaffe aufgelesen zu werden. Denn wenn eine Partei eingestehen muß, daß sie allenfalls imstande sei, die Zügel der Regierung zu ergreifen, nicht aber sie festzuhalten, so ist das eine Abdication, die von berufenerer Seite als von Dr. Sturm und bei einer solenneren Gelegenheit als in einer Versammlung von 931 Parteigenossen nicht ausgesprochen werden konnte.“

Zur Lage.

Die neulichen Auslassungen des angesehensten galizischen Blattes, des Krakauer „Gaz“, über die künftige Haltung der Polen im Reichsrathe haben mit Recht allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Man erblickte in diesen Enunciationen die Ankündigung des Programms der Reichspartei, als welche der Polenclub in Zukunft gelten wolle. Der „Gaz“ hat nun in der That nur den Intentionen der maßgebenden Krakauer Partei Ausdruck gegeben, wie aus nachfolgendem Schreiben hervorgeht, welches die „Presse“ aus Krakau „von bewährter Seite“ erhält: „Mit der Ernennung Dunajewskis zum Finanzminister hat sich nun nicht nur das Verhältnis des Polenclubs zur Regierung wesentlich verbessert, sondern auch die frühere oscillierende Politik des Clubs consolidiert. Dieselbe ruht jetzt auf einem klaren Programm, jenem identisch, das die Krakauer Partei immer vertreten hat, und dieses Programm geht dahin, eine Politik der freien Hand zu beobachten und nach Thunlichkeit eine versöhnende Mittelstellung einzunehmen. Daß die Polen sich endlich auf diesen Standpunkt stellen, das ist zum großen Theile ein Verdienst des Ministers Dunajewski. Derselbe hat sich nämlich im Hinblick auf die Unrealisierbarkeit so mancher Forderungen seiner Compatrioten zur Annahme des ihm angebotenen Portefeuilles erst entschlossen, als er von den Mitgliedern des Polenclubs die Versicherung erhielt, daß sie auf seine Amtsthätigkeit keinen Einfluß nehmen werden und daß er als Finanzminister für seine im Staatsinteresse getroffenen Verfügungen — selbst wenn diese zuweilen den speciellen Interessen Galiziens nicht ganz entsprechen sollten — seinen Kollegen im Polenclub nicht verantwortlich sei. Die Minister Dunajewski und Biernickowski sollen auch während ihrer letzten Anwesenheit in Galizien mit den Polenfürhren bezüglich der nächsten Reichsrathscampagne Verabredungen getroffen haben. Damals wußte man bereits, daß die Czechen Fühlung mit den galizischen Ruthenen und Unterhandlungen mit ihnen anzuknüpfen suchten, um gemeinsam mit ihnen sowohl den Polen als auch der Regierung die Spitze bieten zu können. In Erwägung dieses Umstandes wurde nun beschlossen, daß der Polenclub in Zukunft gegenüber den Czechen Vorsicht und Reserve beobachten und, wie bereits erwähnt, nach Thunlichkeit eine Mittelpartei im Reichsrathe bilden soll, um nicht nur erforderlichenfalls im parlamentarischen Parteilampfe ausgleichend zu wirken, sondern auch bei Fragen der äußeren Politik die russophilen Bestrebungen der Czechen möglichst zu paralyzieren.“ — „Dziennik Polski“ bespricht die Enunciation des „Standard“ über die Eventualität des Drei-Kaiserbündnisses und sagt unter anderm Folgendes: „Wenn es sich bestätigen sollte, daß nur etwas an diesen Gerüchten wahr ist, dann erwarten wir mit

Locales.

Aus dem Gemeinderathe.

Laibach, 29. September.

(Schluss.)

In der Generaldebatte über die Sectionsanträge ergreifen bloß zwei Redner (gegen dieselben) das Wort.

GN. Regali wundert sich, daß man auf dieses schon einmal abgelehnte Project in wenig veränderter Form nochmals zurückkomme. Redner bezeichnet das Coliseum als eine sanitätswidrige, in sehr schlechtem Bauzustande befindliche Ruine von höchst mangelhafter Ventilation, die zur Bequartierung von Soldaten in keiner Weise geeignet sei. Auch die geplante Adaptierung werde nicht imstande sein, die zahlreichen sanitären Mängel zu beseitigen, und würde nur zu einer erfolglosen Vergewandung der bedeutenden Summe von 60,000 fl. führen. Da trotzdem noch die Erbauung einer weiteren Kaserne notwendig sein werde, so wäre es besser, das Coliseumsproject, dessen in Aussicht gestellte hohe Rentabilität er bezweifelt, ganz fallen zu lassen und an dessen Stelle den Neubau einer einzigen großen Kaserne zu beschließen.

Die vom Gemeinderathe Regali am Schlusse seiner Rede gemachte Aeußerung, daß er nicht, wie andere Mitglieder dieser Versammlung, der Vertreter von Beamten, Officieren und Pensionisten sei, die heute hier und morgen dort leben, sondern von hier stammenden und steuerzahlenden Bürgern und Gewerksleuten als Vertreter gewählt wurde, veranlaßt den Bürgermeister, den Sprecher aufzufordern, bei der Sache zu bleiben und sich in seinen Ausführungen persönlicher Anspielungen zu enthalten.

GN. Dr. Bleiweis hebt gleichfalls die großen sanitären Uebelstände hervor, welche das Coliseum befallt. Das Gebäude ist in einer tiefen Senkung gebaut, welche weder Luft noch genügendes Wasser bietet. Eine Canalisation sei fast gar nicht durchführbar, und das wenige vorhandene Wasser sei schlecht. Durch den Bau wird keinem dieser Uebelstände abgeholfen werden können. Nachweisbar sei es, daß das Coliseum schon wiederholt der Herd ausgebrochener Epidemien war. Die Transenalkaserne werden auch im erweiterten Coliseum nicht untergebracht werden können und daher in der Stadt bequartiert werden müssen. Zudem liege das Coliseum bekanntlich außerhalb der Laibacher Bombialgrenze, die ganze Verzehrungssteuer der vom Militär gebrauchten Lebensmittel würde daher der Stadt auch fernerhin entgehen und so einen großen Theil des Nutzens der Garnison illusorisch machen. Zudem komme die Selbstadministration von Realitäten der Stadt erfahrungsgemäß sehr theuer zu stehen, wie Herr Witthalm zu gewährenden Bauvorschußes per 60,000 fl. sei es schlecht bestellt. Dagegen sprechen für den Neubau einer Kaserne zahlreiche Gründe, unter anderem auch die für Neubauten gesetzlich gewährte vieljährige Steuerfreiheit; Redner beantragt daher aus diesen Motiven die Ablehnung der Sectionsanträge und die Erbauung einer neuen städtischen Kaserne.

Der Referent GN. Dr. Suppan weist in seinen Schlussworten nochmals darauf hin, daß der Neubau einer Kaserne der Stadtgemeinde, beziehungsweise der Steuerträger, unvergleichlich theurer zu stehen käme, als die Erwerbung des Coliseums, während andererseits der Zweck in beiden Fällen vollkommen erreicht würde. Auch riskiere die Stadt bei Annahme des Witthalm'schen Angebotes gar nichts, denn der Untergang gehe ja nicht dahin, das Coliseum in seinem gegenwärtigen Zustande anzukaufen, sondern nur sich das Vorrecht zu erwerben, letzteres zu einem schon jetzt genauen und billig festgesetzten Preise zu thun, nachdem seitens des Bauführers alle vom Militärbequartierungs-Gesetze geforderten Bedingungen genau erfüllt sein werden. Geschieht letzteres nicht, so werde die Stadt den Ankauf einfach ablehnen und könne mithin in keinem Falle zu kurz kommen. Wenn überhaupt jemand bei dem Geschäfte etwas riskiert, so ist dies lediglich der Herr Witthalm, niemals aber die Stadtgemeinde. Ob die beanspruchten 60,000 fl. zur Durchführung der Adaptierungen genügen werden, kann ohne nähere Prüfung allerdings nicht bestimmt behauptet werden, doch dürfte der Besitzer des Coliseums, der diese Summe für hinreichend hält, hierüber doch am ehesten zu urtheilen in der Lage sein, übrigens werde ja die Stadt hiebei durch ihre Vertreter selbst intervenieren.

Mit den von den beiden Vorrednern erhobenen sanitären Bedenken hat sich der Gemeinderath gar nicht zu beschäftigen. Diese Factoren zu berücksichtigen sei lediglich Aufgabe der Militärbehörden, welche sich ihre Pflicht, das leibliche Wohl der Soldaten im Auge zu behalten, gewiss nicht entgehen lassen und strenge darauf dringen werden, daß beim Adaptierungsbaue alle vom Gesetze diesbezüglich geforderten Bedingungen erfüllt werden. Das Coliseum soll ja von der Stadt-Militärbehörde anerkannt und klassificiert wurde; wenn somit die Militärbehörde, welche gewiss zunächst be-

rufen ist, für das sanitäre Wohl der Soldaten zu sorgen, dies selbst anerkennt und keine weiteren Forderungen stellt, so kann es doch unmöglich der Beruf des Gemeinderathes sein, in den sanitären Bedenken noch darüber hinauszugehen. Die weitere Bemerkung, daß das Coliseum außerhalb der Bombialgrenze liege und daß der Stadtgemeinde hiedurch auch fernerhin die Verzehrungssteuer für die vom Militär gebrauchten Lebensmittel entgehen werde, nimmt sich in dem Munde derjenigen sonderbar aus, welche die Sorge für das Wohlbefinden der Soldaten so besonders hervorheben. Man gönne der Mannschaft doch die Möglichkeit, sich ihr bishigen Fleisch um wenige Kreuzer billiger zu verschaffen, als ihnen dies in einer innerhalb der Stadtgrenze liegenden Kaserne möglich wäre. Die Transenalkaserne endlich werden allerdings auch in der adaptierten Kaserne nicht untergebracht werden können, da letztere von der Garnison allein ganz belegt sein wird, doch geschieht dies auch jetzt, und zwar schon seit mindestens 20 Jahren nicht. Uebrigens kommen Transenalkaserne seit dem Ausbaue des Eisenbahnhofs fast gar nicht mehr vor, bei den alljährlichen Waffenübungen aber müssen die einberufenen Soldaten ohnehin durch 4 bis 6 Wochen in eigens zu diesem Zwecke gemieteten Localitäten untergebracht werden. Redner empfiehlt schließlich nochmals die Sectionsanträge zur Annahme.

Bevor zur Abstimmung geschritten wird, wirft GN. Jurčič die Frage auf, ob die Sectionsanträge nicht nach dem § 64 der Gemeinde-Ordnung (Veränderung von Gemeindegut) zu behandeln seien, worauf zur Giltigkeit einer Beschlusfassung die Anwesenheit von zwei Dritttheilen und die Zustimmung der absoluten Majorität aller Gemeinderathsmitglieder notwendig sei?

Es entspinnt sich hierüber eine kurze Discussion, in der sich die GN. Dr. Suppan und Dr. Ritter v. Kaltenegger im verneinenden und GN. Horak im bejahenden Sinne aussprechen; schließlich entscheidet der Bürgermeister die Frage im verneinenden Sinne.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Antrag des GN. Dr. Bleiweis auf Erbauung einer neuen Kaserne; derselbe wird mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Von den hierauf zur Abstimmung gebrachten Sectionsanträgen wird der Punkt 1a und b mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen.

Zu Punkt 2 spricht in der Specialdebatte GN. Dr. R. v. Kaltenegger und beantragt eine stilistische Umstellung im ersten Satzgefüge des Antrages, welcher folgendermaßen zu lauten hätte: „Der Magistrat wird beauftragt, unter der Bedingung, daß die Zuficherung der Uebernahme des zu adaptierenden Coliseums als eine Normalkaserne seitens des k. k. Militärärars bereits erteilt worden ist, mit Herrn Victor Witthalm als Eigenthümer des Coliseumsgebäudes ein gültiges Uebereinkommen mit Vorbehalt der gemeinderäthlichen Genehmigung abzuschließen und sich hiebei an nachstehende Grundzüge zu halten. . .“

Der Referent GN. Dr. Suppan spricht sich gegen diesen Abänderungsantrag aus, da derselbe keineswegs notwendig sei, wohl aber dem Zustandekommen des Projectes möglicherweise schaden könnte.

Der Antrag wird mit allen gegen Eine Stimme abgelehnt, worauf die Sectionsanträge Punkt 2, lit. a, b, c, d und e mit 14 gegen 12 und Punkt 3 mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen werden.

Die nach erfolgter Einzelabstimmung geschäftsordnungsmäßig noch erforderliche Gesamtstimmung wird über Antrag des GN. Petrič, dem der Gemeinderath zustimmt, namentlich vorgenommen, und werden hiebei die Sectionsanträge en bloc mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ (für die Sectionsanträge) stimmen die Gemeinderäthe: Deschmann, Dreo, Anton Ritter v. Gariboldi, Franz Ritter v. Gariboldi, Dr. Ritter v. Kaltenegger, Dr. Reesbacher, Laschan, Ludmann, Dr. Pfefferer, Pirker, Dr. Schaffer, Dr. v. Schrey, Dr. Suppan, Dr. Suppantitsch und v. Huber.

Mit „Nein“ (gegen die Sectionsanträge) votieren die Gemeinderäthe: Dr. Bleiweis, Dr. Derč, Gorič, Horak, Jurčič, Peterca, Petrič, Potočnik, Regali und Dr. Jarnik.

Ein Mitglied — GN. Ziegler — erklärt, sich der Abstimmung zu enthalten.

Nach erschöpfter Tagesordnung schließt der Bürgermeister um 7/7 Uhr die Sitzung.

— (Prämiierte Aussteller aus Krain.) Von den krainischen Ausstellern auf der steiermärkischen Landesausstellung in Graz wurden folgende prämiert: A. Mit dem Ehrendiplom: Albert Samassa, k. k. Holzlöthgießer, Maschinen- und Feuerlöschgeräth-Fabrikant in Laibach, und zwar mit einem Diplom für das Glockengeläute und mit einem zweiten für die Collection ausgestellter Spritzen, Pumpen und Metallwaren; Fidelis Terpinz, Farbholzfabrikant in Kaltenbrunn bei Laibach; Frln. Johanna Föderl-Gallenberg in Laibach für weibliche Handarbeiten und Spitzen. B. Mit der silbernen Staats-Preismedaille: Caroline Lapojne in Idria für

Spitzen, Albert Samassa in Laibach für Bronze-Arbeiten. C. Mit der bronzenen Staats-Preismedaille: P. Dabstätter in Dornschale für Strohhüte, Alois Prašnikar in Stein für Cement. D. Mit der Ausstellungsmedaille: Gewerkschaft Vittai in Vittai für Bergbauprodukte, Franz Kottnik in Oberlaibach für Parketten, Franciska Markreiter in Idria für Spitzen, Simon Smut in Stein für Holzkisteln. E. Mit dem Erkennungsdiplo: Gebrüder Kurzthaler in Dornschale für Strohhüte, Emma Rauch in Idria für Spitzen, Wilhelm Schifferer in Lustthal für Farben, Josef Bodnik in Schischka für Liqueure und Andreas Klinger in Weissenfels für Erzeugnisse des Hüttenwesens.

— (Personal-Veränderungen im krainischen Lehrstande.) Die „Laib. Schulztg.“ theilt folgende Personalveränderungen im krainischen Lehrstande mit: Als provisorische Lehrkräfte wurden angestellt: Herr Max Strojcar, absolvirter Lehramts-candidat, zu Salloch bei Commenda. Frln. Juliana Gula, absolvirte Lehramts-candidatin, an der neuerrichteten Schule zu Dovsfo bei Lustthal und Frln. Josefa Kronabethvogel, ebenfalls absolvirte Lehramts-candidatin, zu Neul bei Stein. Herr Christian Engelmann, Lehrer in Suhor, wurde nach Altenmarkt und der dritte Lehrer in Semitsch, Herr Franz Renda, nach Suhor, der provisorische Lehrer Herr Johann Lofar in Altenmarkt als provisorischer vierter Lehrer nach Tschernembl übersezt. Der Aus-hilfslehrer in Dragatsch, Herr Pfarrer Peter Mohar, hat auf den Aus-hilfslehrerposten resignirt. — Der absolvirte Lehramts-candidat Herr Anton Möstl erhielt eine Lehrstelle im Waldherr'schen Knabeninstitute und der absolvirte Lehramts-candidat Herr Friedrich Ranczy eine solche an der Glasfabriksschule bei Gottschee.

— (Kronprinz-Rudolfsbahn.) Durch die vom 1. Oktober d. J. an erfolgte Einstellung der Südbahnzüge Nr. 417 und 418 finden von diesem Tage an die Rudolfsbahnzüge Nr. 5 und 6 keinen Anschluß in Villach von und nach Franzensfeste, und ist auch der bei diesen Zügen bisher stattfindende Verkehr der directen Wagen von, respective nach Wien eingestellt.

— (Theater.) Vorgeföhrt wurde mit der unverwundlichen „Fledermaus“ der Operettenreigen in der heurigen Saison begonnen. Was auch in früheren Jahren an der reizenden Strauß'schen Musik und den amüsanten Scenen des Librettos bereits gesündigt und wie oft die Operette schon mehr oder minder gelungen und mißlungen gegeben wurde, — sie übt immer noch eine große Anziehungskraft auf das Publicum aus, denn der Zuschauerraum war vorgestern weit besser gefüllt, als an den drei vorhergegangenen Abenden. Die Auf-führung fiel im ganzen recht zufriedenstellend aus und es vermochten die einzelnen Mängel der Nebenrollen und des Ensembles den angenehmen Gesamteindruck, welcher zumeist den ersten Kräften zu verdanken war, kaum wesentlich zu stören. Zunächst wünschen wir für die Zukunft eine strengere Handhabung des Commando-stabes bezüglich des Chores, welcher seine Aufgabe in ziemlich nonchalanter Weise erledigte und den größeren Theil der ihm zukommenden Leistung den Solisten und dem Orchester überließ, so daß ein vollständiger Einsatz fast niemals zustande kam. Unter den einzelnen Kräften machten sich in erster Linie Fr. Widemann (Mosalinde) und Herr König (Eisenstein) um den Erfolg der Vorstellung verdient. Fr. Widemann sang ihre in den beiden ersten Acten sehr anstrengende Partie mit jener frischen Tonfülle, die ihr in den ersten Monaten der abgelassenen Saison so viele wohlverdiente Ovationen eingetragen hat. Ihr in den letzten Tagen ihres vorjährigen Auftretens nur zu häufig leidendes Organ hat sich sichtlich erholt und an Kraft und Reinheit gewonnen. Erwähnenswert ist, daß sie ihre Partie vollständig, ohne Kürzungen oder Aenderungen sang und im zweiten Acte auch den schwierigen Chordas, der bisher meistens dem Stifte zum Opfer gefallen war, mit sehr guter Wirkung producirt. Ihr Spiel war durchaus lebhaft und ausdrucksvoll, letzteres zuweilen in einer etwas übertriebenen und dem feinen Charakter ihrer Rolle unpassenden Weise. Gewisse Verhheiten der Sprache, des Mienenspiels und der Bewegungen erzielten keineswegs den beabsichtigten Effect und sollten unterbleiben.

Herr König brachte seine Rolle vorzüglich zur Geltung und wirkte in jeder Beziehung äußerst erfreulich. Wir wünschen, daß er uns im Laufe der heurigen Saison recht oft Gelegenheit geben möge, über seine Leistungen in gleicher Weise zu urtheilen. Seine frische und kräftige Stimme sowie seine muntere Darstellungsweise erzielten die beste Wirkung und zahlreiche Beifallsbezeugungen des Publicums. Fräul. Stella entfaltet als Adele eine sehr geläufige Coloratur. Ihre Stimme ist nicht besonders stark, immerhin aber ausreichend und in der höheren Lage wohlklingend. Sie vermochte daher auch durch ihre Vorzüge als Sängerin die Mängel der Schauspielerin, die hauptsächlich beim großen Couplet im letzten Acte hervortraten, größtentheils zu decken. Herr Frank fand sich mit der heiklen Rolle des Gefängnisdirectors, seines Namensvetters, so ziemlich gut ab, hätte jedoch das Melodram im dritten Acte effectvoller beleben können. Herr Brackl ist kein Tenorist und mußte die Partie des Alfred um eine Terz tiefer singen. Allerdings fiel dies nicht besonders

